

Anmerkungen

- 1) Ding Shouhe, "Einige Probleme zur 4.Mai-Bewegung" (chin.), Lishi Yanjiu, 1989/3, S. 13.
- 2) Gao Ertai, "Literatur und Aufklärung" (chin.), RMRB, 2.5.89.
- 3) Vgl. z.B. entsprechende Äußerungen auf einer Tagung zum Thema "Traditionelle Kultur und Modernisierung" im Oktober 1988 in Beijing, XNA, 26.10.88.
- 4) Liu Zaifu in RMRB, 25.4.89, S. 6.
- 5) Z.B. Liu Zaifu, RMRB, 25.4.89; Chen Dade und Wu Tingjia, GMRB, 20.2.89.
- 6) Liu Zaifu, Wenxue de fansi (Reflexionen über Literatur), Beijing 1986, S. 1-6.
- 7) XNA, 29.6.88.
- 8) Vgl. XNA, 8.11.88; Ta Kung Pa (Hong Kong), 24.11.88, nach SWB, 26.11.88.
- 9) Wang Yuanhua in RMRB, 26.5.89. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 4 Bände erschienen. Ob die Serie nach den Juni-Ereignissen weiter erscheinen durfte, ist der Verf. nicht bekannt. Der "Salon der Neuen Aufklärung" wird in einer Kritik an Liu Bin-yan in RMRB, 3.11.89, erwähnt.
- 10) Vgl. B. Staiger, "Sechzigster Jahrestag der Bewegung des 4.Mai", C.a. 1979/6, S. 700-703.
- 11) Siehe insbesondere die Artikel in GMRB, 20.2.89 und in RMRB, 14.4.89 und 25.4.89.
- 12) Vgl. den Wortlaut der Rede in GMRB, 4.5.89.
- 13) Siehe z.B. die betr. Artikel in GMRB, 3.4.89; 24.4.89; 3.5.89; 5.5.89; RMRB, 30.4.89; 4.5.89.
- 14) So z.B. in dem Artikel von Li Yanzhi in RMRB, 30.4.89.
- 15) Vgl. Chen Dade und Wu Tingjia in GMRB, 20.2.89; Pang Po in GMRB, 21.4.89; Liu Zaifu in RMRB, 25.4.89; Gao Ertai in RMRB, 2.5.89.
- 16) GMRB, 4.5.89.
- 17) Liu Zaifu, RMRB, 25.4.89.
- 18) Chen Dade und Wu Tingjia, GMRB, 20.2.89.
- 19) Qin Qianli, GMRB, 28.4.89.
- 20) Fang Lizhi, China im Umbruch, hrsg. von Helmut Martin, Berlin: Siedler Verlag, 1989, S. 125-126.
- 21) Vgl. C.a. 1989/8, Ü 23.
- 22) Min Ze, "'Untergang' und 'Rückkehr' des sog. aufklärerischen Geistes des '4.Mai'" (chin.), Qushi, 1989, Nr. 18, S. 38-44.
- 23) Beispiele finden sich in GMRB, 9.8.89; GMRB, 23.8.89; GMRB, 11.9.89; RMRB, 23.10.89.
- 24) Huang Hong, "Welche Art von Leidbewußtsein brauchen wir?" (chin.), RMRB, 15.9.89.
- 25) Liu Zaifu, "Die Literatur muß 'das Banner des Humanismus hochhalten'" (chin.), RMRB, 8.9.86.
- 26) So z.B. Zhang Linwen, "Kritik an den Verdrehungen, die 'Flußbelegie' gegenüber der historischen Wahrheit vornimmt" (chin.), GMRB, 9.8.89.
- 27) Diese Auffassung vertritt z.B. Zhao Guangxian in seiner Kritik an "Flußbelegie" in GMRB, 23.8.89.

Peter Schier

Eine Wende in die Vergangenheit

Über die 5. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

1. Überblick

Das XIII. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas trat vom 6. bis 9. November 1989 in Beijing zu seiner 5. Plenartagung zusammen. Im Zentrum der Beratungen standen der Rücktritt von Deng Xiaoping vom Amt des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission und die damit zusammenhängende Nachfolgefrage sowie ein Beschluß über die Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren.

Wie üblich hatte vor der offiziellen ZK-Plenartagung eine inoffizielle zentrale Arbeitskonferenz stattgefunden, an der die wichtigsten nationalen Entscheidungsträger teilgenommen hatten:

- Die Mitglieder des Politbüros,
- die Mitglieder des ZK-Sekretariats,
- der stellvertretende Staatspräsident,
- die einflußreichsten stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses,
- die wichtigsten Führungskader der Parteizentrale (Leiter der ZK-Abteilungen usw), des Staatsrats (stellvertretende Ministerpräsidenten, Staatsratskommissare, Kommissionsvorsitzende und Minister) und der Massenorganisationen,
- die Parteisekretäre und Regierungschefs der Provinzen, der provinzfreien Städte, der Autonomen Gebiete und einiger wichtiger Großstädte,
- die Führungskader der zentralen Führungsorgane der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) und der Militärregionen. (Zhengming, Dezember 1989, S. 29)

Die zentrale Arbeitskonferenz soll aus Sicherheitsgründen nicht in der Großen Halle des Volkes sondern in einem Gästehaus der VBA im Westen von Beijing stattgefunden haben. Chinas Spitzenkader benötigten fünf Tage (vom 30.10. bis 3.11.), um unter sich einen Konsens über die Beschlüsse der 5. Plenartagung herzustellen. Der zentralen Arbeitskonferenz vorausgegangen war eine Sondersitzung der ZK-Militärkommission, auf der der Rücktritt Deng Xiaopings und die Neubesetzung der Führungsspitze der ZK-Militärkommission beraten worden war (Zhengming, Dezember 1989, S. 29). Die Tatsache, daß die Beschlüsse der 5. Plenartagung zunächst auf einer Sitzung der ZK-Militärkommission ausgehandelt wurden, ist ein Indiz für die gestiegene politische Bedeutung der Militärführer im Anschluß an das Massaker vom 3./4. Juni 1989.

An der 5. Plenartagung des XIII. ZK nahmen teil:

- 167 von 173 ZK-Mitgliedern,
- 106 von 110 ZK-Kandidaten,
- 183 von 200 Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission,
- 67 von 69 Mitgliedern der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und
- 53 (sic!) nicht näher beschriebene Führungskader (fuze tongzhi) (RMRB, 10.11.89). Nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* soll es sich hierbei um Armeeführer gehandelt haben, die den oben genannten Parteiführungsgremien nicht angehören (Zhengming, Dezember 1989, S. 29).

Auf der Tagesordnung der 5. Plenartagung standen laut offizieller Berichterstattung (siehe RMRB, 10.11.89) insgesamt folgende Punkte:

- Annahme des Rücktrittsgesuchs von Deng Xiaoping (85) vom Vorsitz der ZK-Militärkommission. (Texte des Rücktrittsgesuchs und des diesbezüglichen ZK-Beschlusses in RMRB, 10.11.89; deutsch in: BRU, 47/1989, S. 20-25).
- Ernennung von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin (62) zum Vorsitzenden der ZK-Militärkommission.
- Ernennung von Yang Shangkun (82) zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission. Yang rückte damit auf den Posten auf, den Zhao Ziyang bis zu seinem Sturz Ende Mai innegehabt hatte.
- Ernennung von Liu Huaqing (73) zum stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission. Liu ist ein alter Kampfgefährte und Untergebener von Deng Xiaoping aus der Zeit von 1937 bis 1949, in der beide zuerst in der 129. Division der 8. Feldarmee und schließlich in der 2. Feldarmee als Politikommissare tätig waren. Liu Huaqing war von Oktober 1982 bis Februar 1988 Befehlshaber der VBA-Marine. Obwohl er im September 1985 aus dem Zentralkomitee der KPCh ausschied, stieg er 1987 zum stellvertretenden Generalsekretär der ZK-Militärkommission auf. Er ist nach wie vor Mitglied der einflußreichen Zentralen Beraterkommission.
- Ernennung von Yang Baibing (69) zum Generalsekretär der ZK-Militärkommission. Yang Baibing, gleichzeitig Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA, ist ein jüngerer Bruder von Yang Shangkun. Wie Liu Huaqing und Deng Xiaoping war auch Yang Baibing als Politikommissar in der 129. Division der 8. Feldarmee (allerdings erst ab 1944) und schließlich in der 2. Feldarmee tätig.
- Ernennung von Yang Baibing zum Mitglied des ZK-Sekretariats.
- Annahme des "Beschlusses des ZK der KP Chinas über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform". Dieser Beschluß war bis Mitte Dezember 1989 immer noch veröffentlicht. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß es sich hierbei um

ein politisch sehr brisantes Dokument handelt. Die Parteiführung hat es jedenfalls zunächst einer breiten Öffentlichkeit vorenthalten. Nach Informationen des *Far Eastern Economic Review* wurde der Beschluß zunächst an die Führungskader der zentralen Ministerien, der Provinzen und der Militärregionen weitergegeben und erst in einem zweiten Schritt an die Führungskader der Kreise und der Provinzmilitärbezirke. (FEER, 7.12.89, S. 23)

- Rede von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf der Abschlusssitzung der 5. Plenartagung am 9. November 1989. Diese Rede wurde mit über zehntägiger Verzögerung erst am 22. November von der *Volkszeitung* veröffentlicht (deutsch in: BRU, 49/1989, S. 15-22). Hierbei handelt es sich um ein Dokument, dessen Niveau mit den Reden des Mao-Nachfolgers Hua Guofeng zu vergleichen ist.
- Annahme des "Kommuniqués der 5. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KP Chinas" (Text in RMRB, 10.11.89; deutsch in: BRU, 47/1989, S. 16-20).

Über das weitere Schicksal des Ende Mai gestürzten früheren ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang wurde kein offizieller Beschluß gefaßt. Wie Ministerpräsident Li Peng Anfang November erklärte, sind die Untersuchungen im Fall Zhao noch nicht abgeschlossen (Straits Times, 25.11.89). Dies ist ein Indiz dafür, daß sich die Führung nach wie vor uneinig darüber ist, ob Zhao Ziyang nach seinem Sturz von allen Parteiämtern nun auch noch aus der KPCh ausgeschlossen und vor Gericht gestellt werden soll. Die Polemik der orthodoxen Kräfte gegen Zhao gipfelt in dem Vorwurf, daß Zhao Ziyang den Kapitalismus habe einführen wollen (siehe C.a., Oktober 1989, Ü 17). Deng Xiaoping soll sich jedoch bereits am 4. September 1989 vor den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros unter Beisein von Yang Shangkun, Wang Zhen und Wan Li dafür ausgesprochen haben, den Fall Zhao Ziyang über einen längeren Zeitraum (Deng: "Drei bis fünf Jahre") ruhen zu lassen, um parteiinterne Auseinandersetzungen zu vermeiden und sich ganz auf die wirtschaftliche Sanierung konzentrieren zu können (IHT, 20.11.89; Zhengming,

Dezember 1989, S. 7). Trotzdem veröffentlichte das Theorieorgan des ZK der KPCh, die Zeitschrift *Wahrheits-suche* (Qishi), noch am 7. November einen scharfen Angriff auf Zhao Ziyang, dem vorgeworfen wurde, seine Fehler nicht eingestehen zu wollen. Damit handelte das ZK-Theorieorgan eindeutig gegen die von Deng Xiaoping vertretene Ansicht - ein Indiz für Kritik an Deng Xiaoping auch aus den Reihen der orthodoxen Kräfte.

Auch in der Frage, welche ZK-Kandidaten anstelle des verstorbenen Hu Yaobang und des gestürzten Zhao Ziyang in die Reihen der ZK-Mitglieder nachrücken, wurde kein formeller Beschluß gefaßt.

2.

Zu den Personalentscheidungen

Deng Xiaoping soll seinen Entschluß, vom Amt des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission zurückzutreten, bereits am 4. September 1989 in einem Gespräch mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros sowie mit Yang Shangkun, Wang Zhen und Wan Li bekanntgegeben haben. Dabei soll sich Deng auch eindeutig für ZK-Generalsekretär Jiang Zemin als seinen Nachfolger an der Spitze der ZK-Militärkommission ausgesprochen haben. (Zhengming, Dezember 1989, S. 6-7, 29).

Über die Gründe für den Rücktritt Deng Xiaopings lassen sich nur Spekulationen anstellen:

- Will Deng mit seinem Rücktritt Druck auf andere, orthodoxe Parteiveteranen ausüben, nun ebenfalls zurückzutreten?
- Ist Deng so krank, daß er mit seinem baldigen Tod rechnet und deshalb auch für seine Nachfolge an der Spitze der ZK-Militärkommission sorgen wollte?
- Gab Deng sein letztes Amt auf, um den Forderungen in der Öffentlichkeit und in der Partei nach seinem Rücktritt zu entsprechen und damit sein stark lädiertes Ansehen wieder zu verbessern?
- Trat Deng zurück, weil auf der 5. Plenartagung Beschlüsse gefaßt wurden, die die von ihm initiierten

Wirtschaftsreformen in entscheidenden Teilen wieder rückgängig machen? Will er für diese Politik der Wende in die Vergangenheit nicht mehr in einer offiziellen Position geradestehen?

Zum Thema Wirtschaftsreform hat Deng Xiaoping in seinem Rücktrittsgesuch die Parteiführung immerhin daran erinnert, daß "die Reform- und Öffnungspolitik gerade erst begonnen hat" (RMRB, 10.11.89).

- Oder zog sich Deng zurück, damit sich der von ihm zu seinem Nachfolger auserkorene Jiang Zemin noch zu Lebzeiten Dengs und mit dessen Unterstützung eine möglichst starke Position innerhalb der Partei und der Armee aufbauen kann?

Was auch immer die Hintergründe für den Rücktritt von Deng Xiaoping vom Amt des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission sein mögen, so will Deng erklärtermaßen mit der Politik verbunden bleiben. In seinem Rücktrittsgesuch wies er darauf hin, daß "mein Leben der Partei und dem Staat gehört". Und: "Nach meinem Rücktritt werde ich nach wie vor der Sache der Partei und des Staates treu bleiben." (Ebenda) Auf einer erweiterten Sitzung der ZK-Militärkommission, die am 12. November stattfand, erklärte Deng, daß er auch nach seinem Rücktritt "die Sache der Partei, die Sache des Staates und die Zukunft der Armee aufmerksam verfolgen" werde (RMRB, 13.11.89). Bei seiner angeblich letzten offiziellen Begegnung mit ausländischen Gästen am 13. November 1989 machte Deng deutlich, daß er auch nach seiner Pensionierung gedenkt, seinen Nachfolgern "nutzbringende Meinungen und Vorschläge zu unterbreiten". (Nach BRu, 48/1989, S. 6. Interessanterweise findet sich diese Passage nicht in dem diesbezüglichen Bericht der *Volkszeitung* vom 14.11.89.)

Der formale Rücktritt von Deng Xiaoping vom Posten des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission wird aller Wahrscheinlichkeit nach nichts an der politisch alles überragenden Position ändern, die Deng seit 1978 eingenommen hat. Obwohl Deng Xiaoping auf der 5. Plenartagung im Bereich der Wirtschaftsreformen einen schweren Rückschlag hinnehmen mußte (siehe

hierzu unter 3.), wird er wahrscheinlich der oberste Schiedsrichter in den Auseinandersetzungen innerhalb der Führung zwischen den verschiedenen Fraktionen und Meinungsgruppen sowie den persönlichen, funktionalen und regionalen Interessengruppen bleiben. Deng Xiaoping ist in dieser informellen Führerposition nach wie vor nicht zu ersetzen. Am ehesten scheint noch Yang Shangkun in der Lage, im Falle des Todes von Deng dessen Position auszufüllen. Yang ist jedoch innerhalb der Führung weit weniger konsensfähig als Deng, und die Beförderung seines Bruders zum Generalsekretär der ZK-Militärkommission und zum Mitglied des ZK-Sekretariats dürfte die Abneigung gegen den machthungrigen Yang-Clan noch verstärkt haben. Hinzu kommt, daß zwischen Yang Shangkun und den in der Führung verbliebenen radikalen Reformkräften ein sehr gespanntes Verhältnis besteht. So müßte sich Yang vor allem auf die ihm ergebenen Teile der Armee stützen, um seinen Anspruch auf die Nachfolge Dengs durchzusetzen. Diese Konstellation stellt keine gute Voraussetzung für die Schaffung einer stabilen innenpolitischen Lage im Anschluß an den Tod von Deng Xiaoping dar.

Dem von Deng Xiaoping zu seinem Nachfolger erkorenen Jiang Zemin fehlen hingegen alle Voraussetzungen, um die Rolle Dengs übernehmen zu können: Er hat weder innerhalb der Armee, der er im übrigen nie angehört hat, noch in der Partei eine Machtbasis. Auch verfügt Jiang nicht über ein jahrzehntelang gewobenes landesweites Beziehungsnetz. Schließlich kann er auch nur sehr begrenzte praktische Erfolge als Politiker vorweisen: Zwar ist er in Shanghai relativ frühzeitig und ohne Blutvergießen gegen die demokratische Opposition vorgegangen, doch in der wirtschaftlichen Entwicklung ist Shanghai unter seiner bürokratischen Führung nicht nur weit hinter andere Großstädte, wie Guangzhou und Tianjin, zurückgefallen: Nach seiner dreijährigen Amtszeit als Bürgermeister von Juli 1985 bis April 1988 war Shanghai in der Wachstumsrate des Nationaleinkommens auf den letzten Platz von allen Provinzen (sic!) zurückgefallen. Sein Geschick, Ausländer durch eine offene, weltmännische Art und sehr gute Englischkenntnisse zu beeindrucken, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß er ein typischer

Bürokrat ohne politische Programmatik ist. Seinen Aufstieg zum ZK-Generalsekretär und jetzt auch noch zum Vorsitzenden der ZK-Militärkommission scheint Jiang Zemin sowohl der geliehenen Macht Deng Xiaopings zu verdanken als auch seiner eigenen politischen Schwäche. Jiangs machtpolitische Position ist derart unbedeutend, daß sich keine Gruppierung innerhalb der Führung von ihm bedroht fühlen muß. Dies könnte durchaus dazu führen, daß Jiang Zemin nach dem Tod von Deng zunächst in seinen formalen Führungspositionen verbleibt, während andere im Hintergrund die reale Macht innehaben oder um die eigentliche Macht kämpfen.

Die Ernennung von Jiang Zemin zum Nachfolger von Deng Xiaoping im Amt des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission und die Ernennung des früheren Flottenbefehlshabers Liu Huaqing können zwar als Erfolg von Deng gewertet werden, der jedoch durch den Verbleib von Yang Shangkun in der Führung der ZK-Militärkommission und der Beförderung von Yang Baibing mindestens aufgewogen wird. Eingerahmt von den beiden Yang-Brüdern macht Jiang Zemin an der Spitze der ZK-Militärkommission eher den Eindruck einer zivilen Marionette in den Händen des Militärmachthaber-Clans der Familie Yang. Diese hat nun auch personell im ZK-Sekretariat Fuß gefaßt. Mit der Berufung von Yang Baibing zum ZK-Sekretär ist in diesem Gremium zum ersten Mal seit 1983 wieder ein aktiver Militärführer vertreten.

Eine politische Elite, die die militärischen Hauptverantwortlichen für das Massaker vom 3./4. Juni 1989 an der Spitze der ZK-Militärkommission beläßt (Yang Shangkun) oder sogar befördert (Yang Baibing), ist zu einer politischen Erneuerung im Sinne eines Versuchs der Rückgewinnung von Vertrauen der Bevölkerung unfähig. Es ist freilich fraglich, ob die orthodox-konservative Koalition eine derartige politische Erneuerung überhaupt anstrebt, scheint sie sich doch darüber im klaren zu sein, daß die durch das Massaker entstandene Kluft zwischen Führung und Volk nicht mehr zu kitten ist. Tatsächlich setzen die gegenwärtigen Machthaber im Interesse der Erhaltung ihrer Positionen und Pfründe ausschließlich auf eine Politik der Unterdrückung und Einschüchterung. So

wohl der Befehl zum Massaker als auch die Beförderung von Yang Baibing sind unmißverständliche Signale an die Bevölkerung, daß jegliches Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur wenn nötig auch mit Waffengewalt beantwortet werden wird. Weder das Massaker noch die Beförderung von Yang Baibing haben etwas mit "Realitätsverlust" der alten Herren in Beijing zu tun, wie dies mancherorts zu lesen war, sondern sie entspringen der sehr realistischen Einsicht der orthodox-konservativen Kräfte, daß sie nur auf diese Weise ihre Macht und Pfründe retten und absichern können. Die besondere Kompetenz der gegenwärtigen Machthaber liegt gerade darin, die eigenen Interessen zu wahren, wenn notwendig auch mit Panzern. Daß die politische Führung den Massenprotest erst sehr spät in einem Blutbad erstickte, lag nicht an der von Li Peng behaupteten "zurückhaltenden und geduldigen Haltung" der orthodox-konservativen Kräfte (siehe *Die Welt*, 20.11.89), sondern im wesentlichen am Widerstand des radikalen Reformflügels unter Zhao Ziyang, der vehement für eine friedliche Lösung des Konflikts eintrat, um damit verloren gegangenes politisches Terrain zurückzugewinnen, denn eine friedliche Regelung hätte sehr wahrscheinlich zu einer Entmachtung der alten "Berater" und damit zu einer nachhaltigen politischen Schwächung der orthodox-konservativen Kräfte geführt. Erst nachdem Zhao und seine Befürworter parteiintern ausgeschaltet worden waren, konnten die orthodox-konservativen Kräfte die Armee gegen das eigene Volk einsetzen.

Das Massaker und die Entscheidungen der 5. Plenartagung sind Wasser auf die Mühlen derer, die die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtige politische und militärische Elite Chinas nur noch durch einen gegen das bestehende System gerichteten revolutionären Akt gestürzt werden kann. Der nächste Massenprotest in China wird sich deshalb wahrscheinlich nicht mehr gegen einzelne Politiker oder Gruppen von Politikern richten, sondern gegen die kommunistische Führung und das sozialistische System insgesamt. Der Massenprotest wird dann wieder auflieben, wenn die politische Führung größere innere Schwächen und Risse zeigt. Dies könnte schon bald nach dem Tod Deng Xiaopings eintreten,

wenn nämlich die von Deng mühsam zusammengehaltene Koalition von orthodoxen Sowjetmodell-Sanierern und konservativen Reformkräften im Streit um Macht und Pfründe sowie um die Wirtschaftspolitik und die Behandlung der radikalreformerischen Restfraktion auseinanderbrechen sollte - eine derartige Entwicklung kann mit einer relativ großen Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden. Eine weitere Schwächung der politischen Zentralgewalt würde sich ergeben, wenn es nach dem Tod Dengs zu einer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Verselbständigung der entwickelten Provinzen und Regionen an der Ostküste und im Süden käme - eine Entwicklung, die ebenfalls einen relativ hohen Wahrscheinlichkeitsgrad zu haben scheint.

So sind die Aussichten, daß es nach dem Tod Deng Xiaopings zu einer längeren Periode politischer Instabilität kommen wird, nach den Personalentscheidungen der 5. Plenartagung noch größer geworden. Im Falle eines absehbaren erneuten Massenprotestes muß ein Blutbad weit größeren Ausmaßes als das vom 3./4. Juni befürchtet werden, denn die Bevölkerung hat Anfang Juni erfahren, daß selbst friedliche Formen des Protestes von den gegenwärtigen Machthabern mit brutaler Gewalt beantwortet werden. Gering scheinen daher die Chancen der Befürworter eines gewaltlosen Protestes, die Beijinger Bevölkerung daran zu hindern, blutige Rache zu nehmen für das Massaker vom 3./4. Juni.

3. Aussagen zur künftigen Wirtschaftspolitik

3.1. Kommuniqué der 5. Plenartagung

Dem Kommuniqué der 5. Plenartagung zufolge beschloß die Parteiführung, die Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft "innerhalb von drei Jahren oder etwas länger", d.h. von 1989 bis 1991/2, "im wesentlichen" abzuschließen. Mit Hilfe des Sanierungsprogramms sollen u.a. folgende Ziele erreicht werden:

- "die landesweite Preissteigerungsrate im Einzelhandel schrittweise unter 10 Prozent herunterzudrücken",

- "nach einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 5 bis 6 Prozent zu streben",
- "die verschiedenen Reformmaßnahmen weiterhin zu vertiefen und zu vervollständigen und ein globales Steuerungssystem schrittweise zu errichten, das dem Prinzip der Verbindung der Planwirtschaft mit der Regulierung durch den Markt entspricht, und in dem ökonomische, administrative und gesetzliche Mittel umfassend eingesetzt werden".

Das ZK forderte "nachdrücklich", daß für alle Zukunft "an dem Prinzip der stetigen, stabilen und koordinierten Entwicklung der Wirtschaft festzuhalten" sei. Dementsprechend müsse "das einseitige Streben nach einer exzessiven Wachstumsrate entschlossen verhindert und [stattdessen] die ständige Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz an die erste Stelle der wirtschaftlichen Arbeit gesetzt werden".

Im Kommuniqué der 5. Plenartagung werden u.a. folgende Maßnahmen des Sanierungsprogramms benannt:

- Reduzierung der gesellschaftlichen Gesamtnachfrage,
- Einschränkung der Konsumtion und "einige Jahre" sparsames Leben,
- besondere Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem von Getreide und Baumwolle,
- Überprüfung und Reorganisierung verschiedener Firmen, vor allem im Bereich der Zirkulation.

Das ZK stellte klar, daß "die Reform der Wirtschaftsstruktur Chinas eine Selbstvervollkommnung des sozialistischen Wirtschaftssystems ist". Während der Durchsetzung des Sanierungsprogramms müsse die Reform in den Dienst der Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft gestellt werden (sic!). Gegenwärtig sollten das vertragsgebundene Verantwortlichkeitssystem für die Bewirtschaftung von Betrieben, das Vertragssystem im Finanzwesen, das Bankwesen und das Vertragssystem im Außenhandel vorrangig vervollkommen und reformiert werden. Auch an der Öffnungspolitik müsse festgehalten werden, betonte das ZK und versicherte ebenfalls, daß "die grundlegende Politik und die grundlegenden Maßnahmen für die Wirtschaftssozialzonen und die öffent-

neten Küstengebiete unverändert bleiben und in der Praxis schrittweise perfektioniert werden".

Allerdings soll nach dem erklärten Willen des ZK die Führung der Kommunistischen Partei über die Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Reform der Wirtschaftsstruktur verstärkt werden. Dieser Beschluß könnte bedeuten, daß sich die KP in Zukunft wieder mehr konkret um die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik kümmern wird und daß die entsprechenden Kompetenzen der Regierungsorgane wieder eingeschränkt werden. Den Rezentralisierungsbestrebungen der neuen orthodox-konservativen Mehrheit entspricht die Forderung des ZK, "antizentralistischen Tendenzen unnachgiebig entgegenzutreten". Auch der Ruf nach einem langen Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" und nach Verstärkung der ideologisch-politischen Arbeit der Partei entspricht der neuen Wende in die sozialistische Vergangenheit und ist unvereinbar mit den Erfordernissen einer marktorientierten Wirtschaftsreform.

3.2.

Rede von Jiang Zemin

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin sprach in seiner Rede zum Abschluß der 5. Plenartagung vier Punkte an, die bei der Durchführung des Sanierungsprogramms beachtet werden sollten:

- 1) Es muß eine "stetige, stabile und koordinierte Wirtschaftsentwicklung" in "planvoller und proportionaler Weise" realisiert werden, während die Tendenz zur Jagd nach schnellen Erfolgen vermieden werden muß.
- 2) An der von Mao Zedong entwickelte Massenlinie ist festzuhalten, und der Führungsstil muß verbessert werden.
- 3) Der "demokratische Zentralismus" muß verstärkt werden, und die Kampfkraft der Partei ist zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang forderte Jiang u.a. eine Rezentralisierung von Macht, Kapital und Material: "Gegenwärtig muß die Zentrale hinreichend Macht, Kapital und

Material konzentrieren und die Verbindlichkeit der staatlichen Pläne betonen. Nur auf diese Weise kann die wirtschaftliche Gesamtsituation stabilisiert werden."

Jiang Zemin sprach sich zwar für die Beibehaltung der alleinigen Verantwortung der Fabrikdirektoren für die Betriebsführung aus, er forderte jedoch gleichzeitig eine stärkere politische Führungsrolle der KP in den Betrieben: "Das Verantwortlichkeitssystem der Fabrikdirektoren muß weiterhin praktiziert und vervollkommen werden. Verstärkt werden muß die politisch-ideologische Führungsrolle der Parteiorganisationen in den Betrieben, die Arbeit der Partei unter den Massen und die organisatorische Arbeit. [Die Parteiorganisationen der Betriebe müssen] die Durchführung des Kurses und der politischen Maßnahmen der Partei und des Staates gewissenhaft sicherstellen und überwachen, an der sozialistischen Ausrichtung der Betriebe festhalten und die Fabrikdirektoren dabei unterstützen, den Betrieb unabhängig und eigenverantwortlich zu führen, die Produktion zu leiten, die Technik zu entwickeln usw. [Die Parteiorganisationen der Betriebe] dürfen jedoch keine Verwaltungsfunktionen in den Betrieben übernehmen."

- 4) Das Studium der marxistischen Theorie muß verstärkt werden, und die Parteiarbeit ist zu verwissenschaftlichen.

3.3.

"Beschluß über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform"

Nach Informationen des Beijinger Korrespondenten des *Far Eastern Economic Review*, Robert Delfs, umfaßt der Beschluß über das Sanierungsprogramm insgesamt 39 Punkte. Nach Ansicht von Delfs laufen die in dem Dokument genannten Maßnahmen auf eine weitgehende Rücknahme der Wirtschaftsreformen im industriellen Bereich und auf der Makroebene hinaus. Danach soll die alte Befehlsplanung der 50er Jahre im wesentlichen wieder aufleben. So soll die Zahl der Güter, die von der Zentrale verteilt

werden (nach Entscheidung der Zentralen Planungskommission und mit Hilfe des Ministeriums für Materialzuteilung), "angemessen erhöht" werden. Darunter werden alle als wichtig eingestuften Rohstoffe fallen; konkret benannt wurde Kohle. Das doppelte Preissystem von staatlich festgesetzten Preisen und Marktpreisen soll schrittweise abgeschafft werden, und zwar durch eine Verringerung der Güter, die zu Marktpreisen gehandelt werden dürfen. Zusammen mit der weitgehenden Abschaffung der Marktpreise sollen auch der Handel mit wichtigen Produktionsmitteln und der Großhandel mit wichtigen Konsumgütern wieder vollständig verstaatlicht werden. Den privaten und kollektiven Industriebetrieben in der Landwirtschaft wird untersagt, beim Aufkauf von Rohstoffen mit staatlichen Unternehmen zu konkurrieren. Die ländlichen Industriebetriebe sollen im übrigen zu einer "gesunden Entwicklung" geführt, d.h. der "sozialistischen Ausrichtung" der Volkswirtschaft angepaßt werden. Die von den Reformkräften befürwortete arbeitsteilige Trennung von Partei- und Regierungsorganen und von Regierungsorganen und Betrieben soll wieder zurückgenommen werden. Beibehalten werden soll lediglich das Verantwortungssystem des Fabrikdirektors. Im Bereich des Außenhandels sollen der Import und der Export "wichtiger" Güter rezentralisiert werden, und zwar in den Händen der nationalen staatlichen Außenhandelsgesellschaften. (FEER, 7.12.89, S. 23-24)

Mit den oben beschriebenen Maßnahmen haben sich die Verfechter des Entwicklungskonzepts der frühen 60er Jahre nahezu vollständig durchgesetzt. Bei diesem Konzept handelt es sich um eine Modifikation des traditionellen Sowjetmodells. Zu seinen Verfechtern zählen der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission Chen Yun (84), Ministerpräsident Li Peng (61) und Planungschef Yao Yilin (72). Sie wollen an der Befehlsplanung als Hauptsteuerungselement der Wirtschaft festhalten, während dem Markt nur eine ergänzende Rolle eingeräumt wird, und zwar in Nischen, die von der Befehlsplanung nicht erfaßt werden können. Nach der sog. "Vogelkäfig-Theorie" von Chen Yun soll sich das Vögelchen der Marktwirtschaft nur in dem engen Käfig der zentralen Befehlsplanung und der Materialzuteilung bewe-

gen dürfen. Der Autor hatte diese Gruppe kürzlich als *konservative Reformkräfte* bezeichnet (siehe C.a., Juni 1989, S.435), doch angesichts ihrer doch sehr eingeschränkten Reformbereitschaft, die sich im wesentlichen auf den landwirtschaftlichen Sektor beschränkt, erscheint die Bezeichnung *Sowjetmodell-Sanierer* für diese Gruppierung treffender. Als *konservativer Reform* wäre eher Deng Xiaoping zu bezeichnen, der sich lange Zeit für weitgehend marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen bei Beibehaltung der Einparteiendiktatur der KPCh ausgesprochen hatte. Mit den wirtschaftspolitischen Beschlüssen der 5. Plenartagung sollen jedoch, wie es scheint, die von Deng Xiaoping initiierten Wirtschaftsreformen in entscheidenden Teilen wieder rückgängig gemacht werden.

3.4.

Zusammenfassende Bewertung

Die Aussagen zur künftigen Wirtschaftspolitik im Kommuniqué der 5. Plenartagung, in der Rede von Jiang Zemin und in dem "Beschluss über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform" weisen eine Reihe von eklatanten Widersprüchen auf. So erscheinen z.B. die Forderungen nach einer Erhöhung der Produktivität und nach einer Stärkung der politischen Rolle der KP über den wirtschaftlichen Sektor nach den einschlägigen Erfahrungen der letzten Jahre als unvereinbar. Das gleiche gilt für die Forderungen nach Fortsetzung der Öffnungspolitik und nach verstärktem Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung". Auch klafft ein Widerspruch zwischen den Forderungen nach einer Wiederauflage der maoistischen Masselinie und nach einem verstärkten Studium der marxistischen Theorie auf der einen Seite und den Forderungen nach Vertiefung der Wirtschaftsreform und Fortsetzung der Öffnungspolitik auf der anderen Seite. Schließlich gerät die Forderung nach "Vertiefung der Reform" angesichts der im Sanierungsbeschluss geforderten Rückkehr zur Befehlsplanung und der weitgehenden Abschaffung der Marktpreise zu einer hohlen Phrase: Was als "Vertiefung der Reform" von den gegenwärtigen Machhabern in Beijing apostrophiert wird, ist in Wirklichkeit eine Gegenreform, eine Wende in die sozialistische Vergangenheit der frühen 60er Jahre.

Eine Führung, die die Probleme der 90er Jahre mit den Methoden der 60er Jahre lösen will, die die entwicklungs-tragende Schicht massakriert, einkertert, mit Berufsverbot belegt oder "umerzieht" und die die Hauptverantwortlichen des Massakers vom 3./4. Juni mit höchsten politischen und militärischen Ämtern versieht, hat abgewirtschaftet. Die Kommunistische Partei Chinas, vor allem ihre Führung, hat sich durch die personellen und wirtschaftspolitischen Beschlüsse der 5. Plenartagung weiter auf die schiefe Ebene begeben, und es scheint nur noch eine Frage der Zeit, daß sie in den freien Fall gerät.